



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 14.12.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Mahndenkmahl Schießtal - Förderung

Vorl.Nr. 391/22

Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg fördert die Errichtung eines Mahndenkmals durch die Stolperstein-Initiative einmalig mit einem Zuschuss von 10.000 Euro. Das Mahndenkmahl wird zum Gedenken an Widerstandskämpfer und Deserteure erstellt, die im Zweiten Weltkrieg in Ludwigsburg hingerichtet wurden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht auf die Vorlage ein.

Ein **Vertreter** der Stolperstein- Initiative stellt das Projekt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, vor.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** dankt für die umfangreiche Recherche. Der Entwurf des Mahnmals sei gelungen und habe einen hohen Aufforderungscharakter. Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Die Lösung, dass die Biografien über einen QR-Code hinterlegt seien, sei gut.

Stadtrat **Meyer** dankt der Initiative und dem Archiv für die Recherche, unter anderem auch für die

Einverständniseinholung bei den Angehörigen. Die Ausführung solle in enger Abstimmung mit Verwaltung und Archiv ausgeführt werden.

Die Fraktion um Stadtrat **Dengel** kann der Vorlage nicht zustimmen, obwohl es wichtig sei, an diese Zeit zu erinnern. Er dankt der Initiative. Das Mahnmal sei nicht würdevoll genug, merkt er an. Zudem werde Vandalismus befürchtet.

Die Fraktion um Stadtrat Prof. **v. Stackelberg** wird der Vorlage zustimmen. Er freut sich auf eine baldige Umsetzung, vielleicht schon zur Radsaison und wünscht eine würdevolle Einweihung. Er fragt, ob im Osterholz ebenso ein Hinweis angebracht werden solle. Man müsse bewusst zum Nachdenken anregen.

Das Mahnmal sei ein Zeichen des Erinnerns und der Aufklärung, merkt Stadtrat **Heer** an und wird der Vorlage zustimmen. Die Gestaltung sei gelungen und er dankt der Initiative für das Engagement. Ebenso geeignet sehe er einen Standort im Osterholz.

Ein **Vertreter** der Initiative geht auf die offenen Fragen ein. Die französischen und belgischen Widerstandskämpfer seien im Schießtal hingerichtet worden. Bisher liege noch kein aktenkundiger Nachweis über Exekutionen im Osterholz vor. Eine Exekution habe im Favoritepark, zeitgleich mit Luftangriffen, stattgefunden. Bis zur Eröffnung der Radsaison werde vermutlich die notwendige Spendensumme nicht erreicht sein. Er dankt dem Stadtarchiv und dem Staatsarchiv für die gute Recherche. Man fülle auch eine Lücke in der Stadtgeschichte, da bisher über Deserteure wenig erwähnt sei.

Nach dieser Aussprache lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen und wünscht viel Erfolg bei der Spendenakquise.

TOP 2

**Maßnahmen zur Bedarfsplanung
Kindertageseinrichtungen für das
Kindergartenjahr 2023/2024**

Vorl.Nr. 404/22

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Mitteilungsvorlage ein. Die Auswertung der Elternabfrage werde dem Gremium vorgestellt und fließe in die Planungen ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. In diesem Jahr liegen keine Anträge vor, somit sei eine Beschlussfassung nicht notwendig. Die Beratungsfolge sei fehlerhaft. Eine Beratung in der morgigen Gemeinderatssitzung erfolge nicht.

Wir müssen uns baldmöglichst über einen Ausbau unterhalten, äußert Stadtrat **Meyer** kritisch. Es sei wenig hilfreich, nur Zahlen über den Bestand von Kita-Plätzen vorzulegen, ohne den Blick auf die Zukunft zu richten und wünscht mehr Klarheit für die Zukunft. Angesichts des Mangels sei die

Handlungsnot ohnehin gegeben. Er fragt, ob die Elternbefragung gebraucht werde. Er wünscht eine jährliche transparente Darstellung und einen Ausblick für das kommende Jahr.

Die Diskrepanz zwischen Bedarf und Realität sei hoch, merkt Stadtrat **Heer** an. Man wisse um den Bedarf an mehr Personal, mehr Plätzen und flexibleren Zeiten. Es gebe einen Mangel und eine steigende Nachfrage. Dieser müsse mit entsprechenden Maßnahmen nachgekommen werden. Gegebenenfalls mit Erhöhung der Gruppengröße oder kürzeren Betreuungszeiten. Es bestehe dringender Handlungsbedarf. Dies sei nicht einfach. Man müsse sich auf den Weg machen und dafür brauche man Geld.

Stadtrat Prof. **v. Stackelberg** befürwortet die Elternumfrage, um möglichst passgenaue Angebote zu machen. Bisher seien die Angebote eher starr gewesen. Die Arbeits- und Lebenswelt der Familien habe sich geändert. Dem müsse Rechnung getragen werden. Die Ergebnisse der Umfrage sollen vorgestellt werden.

Die Elternumfrage sei enorm wichtig, merkt Stadträtin **Moersch** an. Das Thema sei wichtig und die Stadt in der Verantwortung. Verschiedene Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung werden bereits unternommen. Dennoch müsse noch mehr getan werden. Die Eltern brauchen eine verlässliche Betreuung. Dies sei eine gesellschaftliche Herausforderung, der man sich stellen müsse.

Im Oktober sei in einem mündlichen Bericht der Ausbauplan vorgestellt worden, ergänzt der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie. Weitere Ideen seien in einer Machbarkeitsprüfung.

Eine Übersicht zum Ausbauplan wird im ersten Quartal 2023 dem Gremium vorgestellt, so EBMIn **Schmetz**.

TOP 3

**Antrag auf Verlängerung der
Schulzeitstreckung - G 9 - Mörike Gymnasium
Ludwigsburg
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 378/22

Beschlussempfehlung:

Der Verlängerung des Schulversuchs G9 am Mörike-Gymnasium um weitere vier Jahre ab dem Schuljahr 2025/2026 wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt den Antrag auf Verlängerung beim Kultusministerium zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Vorlage ein. Momentan habe sich eine Elterninitiative zur Einführung von G9 landesweit gebildet, um die notwendigen Stimmen für einen Volksantrag zu sammeln.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Sie weist vorab schonmal auf die Raumproblematik hin, sofern es zu einer landesweiten Einführung kommen sollte.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** spricht der Schule ein Kompliment aus. Die Zweigleisigkeit sei eine enorme Leistung und erfordere ein hohes Maß an Organisation. Sie plädiert für die Gemeinschaftsschulen. Den Schülern stünden alle Wege offen. Es gebe zu viele Schulsysteme, bedauert sie. Sie fragt, wie hoch die Quote für einen Schulwechsel in die Realschule sei. Zudem will sie wissen, wie hoch die Einpendlerzahl sei. Außerdem fragt sie nach der jährlichen Anzahl der Abiturabschlüsse.

Stadträtin **Seyfang** schließt sich dem Lob der Vorrednerin an. Sie spricht von einer Verstetigung und nicht mehr von einem Versuch. Bei einer flächendeckenden Einführung müsse das Land bei den Räumlichkeiten unterstützen. Sie signalisiert ihre Zustimmung.

Die Einführung von G8 habe viele Eltern bewegt, merkt Stadträtin **Moersch** an. Der Aufwand an der Schule sei enorm. G9 sei weniger temporeich und biete für manche Kinder eine wohltuende Schulzeit. Sofern die Initiative erfolgreich sein sollte, sei man bezüglich der notwendigen Räumlichkeiten gefordert. Ihre Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Das Hauptziel sei, das Abitur in einem eigenen Takt zu erreichen, meint Stadtrat **Prof. v. Stackelberg**. Er dankt ebenso der Schulleitung und stimmt der Vorlage gerne zu. Eine räumliche Lösung müsse mittelfristig gefunden werden.

Stadtrat **Heer** sieht die Schulzeitstreckung ebenso als unstrittig an und stimmt zu. Ludwigsburg sei ein Schulstandort mit einer großen Vielfalt. Er fragt nach dem Anteil der Schüler aus umliegenden Kommunen.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Das Mörike-Gymnasium habe keine besondere Zugkraft für Auswärtige. Prozentual liege der Anteil der auswärtigen Schülerinnen und Schüler bei 26%, am Mörike-Gymnasium bei 28%. Die Länge des Schulversuchs werde vom Land vorgegeben.

Die **Schulleiterin** bedankt sich für das positive Feedback und beantwortet die weiteren Fragen des Gremiums. Die Schülerzahl liege derzeit bei 1.276. Ein Wechsel zwischen den Zügen gebe es nicht. Die Streckung erfolge in der Unterstufe. Ab Klasse 8 sei der Unterricht identisch mit G8. Die Anzahl der Abiturabschlüsse sei in einem normalen Maße. Im letzten Schuljahr habe es rund 120 Absolventen gegeben. Für eine weitere Auswertung brauche man noch mehr Erfahrungswerte.

Nach dieser Aussprache lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, Trägern von Kindertageseinrichtungen, die bisher keinen dynamischen Zuschuss für die Sachkosten erhalten, trägerspezifisch finanzielle Unterstützung zu gewähren, wenn diese durch nachweislich von der Energiekrise und Inflation verursachten Mehrkosten in wirtschaftliche Not geraten und unter die gesetzliche Förderung fallen. Dabei sind jedoch Zuschüsse von Bund, Land oder weiterer Dritter zu berücksichtigen. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2023.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Vorlage ein. Die Voraussetzungen der Träger seien unterschiedlich. Man suche individuelle trägerspezifische Einzelfalllösungen.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** begrüßt den Vorschlag. Die Eltern sollten nicht zusätzlich, durch eine Erhöhung der Elternbeiträge, belastet werden. Sie wünscht eine langfristige und nachhaltige Unterstützung bei der Umstellung auf erneuerbare Energien.

Der Vorschlag sei sinnvoll, meint Stadtrat **Meyer**. Fair und gut wolle man mit den Partnerträgern umgehen und differenziert die jeweilige Situation betrachten. Eine Förderung für Energieumstellungen sei derzeit nicht möglich, der Haushalt lasse dies momentan nicht zu.

Der Vorschlag sei richtig und nachvollziehbar, merkt Stadträtin **Moersch** an.

Ebenso seine Zustimmung signalisiert Stadtrat **Prof. v. Stackelberg**.

Stadtrat **Heer** stimmt auch zu.

Für erneuerbare Energien erhalten die Träger einen Zuschuss von 80%. Hierzu gebe es bereits ein Fördermodell, ergänzt EBMIn **Schmetz** und lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 5

**Antrag auf Förderung der Dach- und Fach
Maßnahme im Katholischen Kinder und
Familienzentrum St. Martin, Uhlandstraße 20**

Vorl.Nr. 407/22

Beschluss:

Der Förderung der Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten im Katholischen Kinder- und Familienzentrum St. Martin, Uhlandstraße 20 wird zugestimmt. Der Träger erhält für diese Maßnahmen einen Zuschuss in Höhe von bis zu maximal 52.820 EUR. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2023.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

Beratungsverlauf:

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Vorlage ein.

Nachdem auf eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMIn **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

TOP 6

**Wohngeldreform
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** und eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport informieren über die Wohngeldreform anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Man merke bereits den deutlichen Anstieg der Anträge. Anhand von Fallbeispielen wird auf die Erhöhung eingegangen. Derzeit laufen Personalauswahlverfahren. 7 Personen besetzten aktuell 5

Protokollauszug Bildungs- und Sozialausschuss 14.12.2022

Stellen. Weitere Kolleginnen und Kollegen seien geschult worden, um Anträge entgegenzunehmen. Die Reform tritt ab 01.01.2023 in Kraft. Jedoch könne man noch nicht das neue Recht anwenden, da die Programmumstellung frühestens zum März 2023 erfolgen werde. Automatisiert werde für die bisherigen Wohngeldbezieher umgestellt. Neue Anträge können schon jetzt gestellt werden. Diese werden vorerst nach altem Recht und nach der Umstellung nochmals neu berechnet. Es werde vermutlich zu langen Warte- und Bearbeitungszeiten kommen und eine umfangreiche persönliche Beratung nicht mehr möglich sein. Online könne der Antrag ebenso gestellt werden. Die Sozialverbände seien über diese große Reform informiert.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Das Antragsabgabedatum sei wichtig und die Ansprüche werden rückwirkend gewährt. Sie weist auf das stattgefundene Pressegespräch hin. Bewusst informiere man über die Medienvertreter und weitere Kanäle. Die Personalakquise habe man bereits im Oktober gestartet.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** spricht von einer Bugwelle bei der Bearbeitung. Sie hofft auf genügend Personal. Sie spricht die Subventionierung der Vermieter durch die öffentliche Hand an. Sie bemängelt den großen Leerstand.

Stadtrat **Meyer** geht auf vermietete Räume ein. Die Vermieter müssen ebenso in energetische Ertüchtigungen investieren. Man müsse froh sein, dass Mietwohnungen gebaut werden. Für die Leerstände gebe es meist diverse Gründe. Er ärgert sich über die negativen Aspekte der Vorrednerin. Er wünscht viel Kraft für die Umsetzung. Im Städtetag müsse die kurze Umsetzungsdauer eingebracht werden. Eine Information könne zudem über die Bürgerdienste erfolgen, auch über Aushänge in Kindertagesstätten. Die Berechtigten sollten motiviert werden, um ihre Ansprüche zu beantragen. Der Kostenträger sei der Bund und das Land. Die Personalkosten und die Arbeit vor Ort müsse die Kommune leisten. Er wünscht eine Berichterstattung im Laufe des nächsten Jahres.

Stadtrat **Dengel** hofft auf eine zeitnahe Umsetzung. Die Wohngeldreform sei notwendig geworden. Die Antragsteller warten auf ihre Unterstützung.

Die Erhöhung sei berechtigt, so Stadträtin **Metzger**. Die Umsetzungszeit sei sehr knapp gewählt. Jedoch brauchen die Antragsteller auch die Unterstützung. Für Unterstützungsideen sei sie offen.

Stadtrat **Heer** wünscht eine gute Abwicklung.

Die Plakate und Informationen über Social Media sowie Internet kommen vom Bund, so EBMin **Schmetz**. Der Wiedererkennungswert sei wichtig.

TOP 7

**Ludwigsburger Schlossfestspiele -
Programmvorstellung und Zuschussantrag
2023
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 408/22

Beschlussempfehlung:

1. Der Abschluss 2021 der Ludwigsburger Schlossfestspiele (LSF) wird zur Kenntnis genommen.
2. Den Programmplanungen 2023 wird zugestimmt.
3. Den Haushaltsplanungen 2023 der LSF wird zugestimmt.
4. Für den Haushalt 2023 wird ein Grundförderbetrag i.H.v. 800.000 EUR genehmigt und vorbehaltlich der Genehmigung des städtischen Haushaltes durch das Regierungspräsidium freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Schmidt

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** übernimmt den Vorsitz.

Der **Intendant** und die **zweite Geschäftsführerin** der Ludwigsburger Schlossfestspiele stellen das Programm anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, vor. Die Marktplatzveranstaltungen seien niederschwellig und kostenlos. Man öffne sich hiermit in die Stadtgesellschaft, das komme an, koste wenig und bringe viel. Die Entwicklung habe sich aus der Pandemie ergeben. Man bemühe sich, neben den traditionellen Hauptspielorten Schloss und Forum, die ganze Stadt zu bespielen. Zudem wolle man verschiedene Zielgruppen ansprechen. Das Monrepos Open-Air sei ein großes Ereignis und der krönende Abschluss. Am 24.06.2023 finde ein drittes Festspielorchester statt. Dies könne durch Sondermittel aus der Baden- Württembergstiftung finanziert werden. Aus finanziellen Gründen werde auf den Klangkreis im Schlosshof verzichtet. Das Programm sei noch nicht endgültig fertig, da die Drittmittelakquise noch nicht abgeschlossen sei.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur geht auf die Vorlage ein. Nach der Pandemie sei die allgemeine Nachfrage noch zögerlich. Die Strategie sei deshalb richtig. Man setze auf Qualität und eine große Bannbreite. Bei vielen Veranstaltungen gebe es aufgrund der zurückliegenden Einschränkungen noch Nachholbedarf.

Die Ludwigsburger Schlossfestspiele haben ein Alleinstellungsmerkmal, seien ein großer Werbeträger für die Stadt und eines der großen Festivals im Land, merkt OBM **Dr. Knecht** an und dankt dem Team. Er geht auf die allgemein schwierige Zeit im Kulturbereich ein. Die Öffnung in die Stadtgesellschaft sei gut, wie auch die Einbeziehung weiterer Spielstätten, insbesondere das Schlosstheater. Er eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** spricht von einem Kraftakt und schließt sich dem Dank an. Sie lobt die Ausblicke auf das kommende Programmjahr und meint, dass man sich dies leisten müsse, da durch die Pandemie viel kaputt gegangen sei. Das Publikum müsse wieder aktiviert werden.

Nachhaltigkeit und Demokratie werde in das Festivalprogramm eingebaut, lobt sie. Sie geht auf das Kapital der Baden-Württemberg-Stiftung ein. Hier sollten immer wieder Fördermittel abgerufen werden. Der Vorlage werde zugestimmt.

Angesichts eines reduzierten Programms und der Zuschusshöhe von 800 000 Euro für 2023 könne die Fraktion um Stadträtin **Seyfang** nicht zustimmen und sie schlug einen Sperrvermerk bei 200 000 Euro vor, bis die Programmplanung abgeschlossen sei. Ein Antrag wird hierzu nicht gestellt. Die LSF gehören zur vielfältigen Kulturlandschaft, die eine lebendige Stadtgesellschaft brauche. Die Pandemie habe die Kulturbranche gebeutelt und die Planungen seien zurückhaltend. Man müsse alle im Blick behalten. Die LSF waren von den Kürzungen der Zuschüsse nicht betroffen. Der Aufsichtsrat habe der Programm- und Haushaltsplanung nicht einstimmig zugestimmt. Ihre Fraktion werde die Programmplanung kritisch begleiten. Die kostenlosen Marktplatzveranstaltungen seien zwar schön, generieren jedoch keinen Umsatz, bemängelt sie zudem. Das Forum diene als Festspielhaus und solle bespielt werden. Die verschiedenen Variablen bei der Haushaltsplanung erschweren den heutigen Beschluss.

Das Programm sei ambitioniert und breitgefächert mit interessanten Künstlern, so Stadträtin **Moersch**. Dennoch äußert sie Zweifel am Gelingen. Das Programm sei zu anspruchsvoll und außergewöhnlich sowie der Zulauf zu gering, so auch die Meinung aus der Bürgerschaft. Es spreche eine elitäre Gruppe und nicht die breite Bevölkerung an. Persönlich habe sie in der Vergangenheit mehrere Veranstaltungen besucht, dies sei so nicht mehr. Das Programm im Forum spreche sie mehr an und sie nimmt Bezug auf die gute Auslastung dort. Die Öffnung in die Stadtgesellschaft sei wichtig. Auch die Schulen, wie das musische Gymnasium, sollen mitgenommen werden. Ihre Fraktion werde sich heute enthalten. Der Bürgerschaft könne die Höhe des Zuschusses nicht vermittelt werden. Im Ausschuss werde um deutlich weniger Zuschussbeträge gerungen. Zudem habe sie sich ein früheres Kennenlernen in diesem Ausschuss gewünscht.

Die Debatte sei schwierig, merkt Stadtrat **Prof. v. Stackelberg** an. Der ständige Rückgang der Besucherzahlen habe auch in der Fraktion zu Diskussionen geführt und die Kofinanzierung mit dem Land mache die Entscheidung schwer. Er erinnert an die unsicheren Zeiten während der Pandemie. Die Schlossfestspiele seien ein Aushängeschild für Ludwigsburg und das künstlerische Programm sei gut. Man müsse das Festival jedoch sichtbarer machen und fragt nach dem Benchmark der LSF. Der Rückhalt aus der Bevölkerung und der Geschäftswelt schwinde. Er geht auf die wirtschaftliche Situation ein und fragt nach dem Bundessonderzuschuss von drei Millionen und will wissen, ob hiervon noch Gelder vorhanden seien.

Die Schlossfestspiele seien ein Highlight für Ludwigsburg und haben eine große Bedeutung, dennoch erreiche die Auslastung nicht das angestrebte Ziel, sagt Stadtrat **Heer** und vermutet den Grund in der Programmauswahl. Er fragt nach den Überlegungen, um künftig die Auslastung und die Wirtschaftlichkeit besser aufzustellen.

Stadtrat **Meyer** geht auf den Zeitpunkt des Stellenantritts ein. Es sei bekannt gewesen, dass sich der Zuschuss auf 800.000, -- Euro belaufe. Er fragt, welchen Gegenwert die Ludwigsburger Bevölkerung für diesen Betrag erhalte. Das Programm sei dem Ausschuss nicht gänzlich bekannt. Er wünscht mehr Informationen hierzu. Die Zahl der Veranstaltungen sei zurückgegangen, die Personalkosten jedoch gestiegen. Zudem müsse das Gesamtprogramm früher veröffentlicht werden. Er weist darauf hin, dass alle anderen Vereine und Institutionen Kürzungen während der Pandemie hinnehmen mussten.

Die Schlossfestspiele sollen nicht kleingeredet werden, betont OBM **Dr. Knecht**. Eine 1:1-Finanzierung im Schulterchluss mit dem Land sei einmalig, die Außenwirkung der Festspiele enorm. Der Bund habe drei Millionen für die Neuausrichtung gegeben, merkt er weiter lobend an. Die Festspiele seien wie das Schloss oder die Venezianische Messe ein Aushängeschild, auch die regionale Wirtschaft schätze die Festspiele sehr. Allgemein sei derzeit die Lage für die Kulturtreibenden schwierig und die Angst und Zurückhaltung beim Publikum noch präsent. Im Ältestenrat habe man sich dazu entschieden, dass die Fraktionen nicht im Vorfeld besucht werden. Die erwähnten Verbesserungsvorschläge sollen mitgenommen werden.

Der **Intendant** der Ludwigsburger Schlossfestspiele geht auf die offenen Fragen ein. Er nehme die Kritik mit, werde die Missverständnisse ausräumen und versucht zu optimieren. Er wolle kein elitäres Publikum, sondern die breite Gesellschaft ansprechen und die Vielfalt der Musik abbilden. Die Besucher sollen wieder zurückgewonnen werden. Die Pandemie sitze beim Stammpublikum noch tief und die Euphorie fehle noch. Er weist auf die euphorische positive Presseresonanz hin. Das Gesamtprogramm werde Anfang März verkündet. Der Kartenverkauf laufe gut. Neue Formate zur Bildung und Projekte mit jungen Menschen werden umgesetzt. Der Bund habe zur Spielzeit 2020 drei Millionen Euro ausgeschüttet, um das Festival neu auszurichten. Dieses Geld sei kommendes Jahr aufgebraucht. Der Intendant verteidigt das Konzept, es liege nicht am Programm, sondern habe verschiedene Ursachen, meint er und fragt im Gremium, welche Veranstaltungen persönlich besucht worden seien. Die Marktplatzformate haben viel Zuspruch erfahren, Gespräche und Begegnungen ermöglicht und neue Menschen auf die Festspiele aufmerksam gemacht. Die Künstler, die dort auftreten, seien für Konzerte an den jeweiligen Wochenenden sowieso da. Für Menschen in Ausbildung werden Karten für 15 Euro in allen Veranstaltungen angeboten, auch im Vorverkauf. Er betont, dass unter anderem auch die Kosten fürs Forum, stark gestiegen seien, der Zuschuss aber gleichgeblieben sei. Rund 300.000, --Euro fließe an Tourismus & Events Ludwigsburg zurück. Die persönliche Besuchererfahrung sei ihm wichtig. Man wolle die Chance nach Corona nutzen und entwickeln.

Mit einer Auslastung von 50 Prozent habe man vorsichtig und konservativ kalkuliert, fügt die **zweite Geschäftsführerin** der Ludwigsburger Schlossfestspiele hinzu. Die Kosten für das Forum seien mit bis zu 50% gestiegen. Man wolle sich der Stadt öffnen. Das offene Format der Marktplatzveranstaltungen zahle sich, auch ohne Einnahmen, aus. Man sei auf der Suche nach Sponsoring. Unterstützung gebe es auch vom Freundeskreis.

EBMin **Schmetz** merkt an, dass der Zuschuss von 800.000, --Euro in den letzten 15 Jahren nicht erhöht worden sei, obwohl es deutliche Kostensteigerungen gegeben habe.

In den nächsten Jahren werde keine Zuschusserhöhung gesehen, merkt OBM **Dr. Knecht** an. Mit dem Zuschuss werde ein Zeichen in die Kultur gesetzt. Die Wirtschaft stehe zu den Festspielen und eine große Zustimmung sei sichtbar. Das Zusammenspiel mit LUIS und den Innenstadtakteuren solle aufgenommen werden. Die Vorbereitung für die heutige Ausschusssitzung sei identisch mit den letzten Jahren. Der Aufsichtsrat leiste eine gute Arbeit. Der Weihnachtsverkauf laufe gut. Die kritischen Stimmen und Hinweise seien wichtig, jedoch habe sich gegenüber den Vorjahren nicht viel verändert. Einen Sperrvermerk sehe er nicht als sinnvoll an, da das Programm im Aufsichtsrat durchgeplant sei. Nachdem von Seiten der CDU-Fraktion zum Sperrvermerk kein Antrag gestellt wird, ruft er die Vorlage zur Abstimmung auf.

OBM **Dr. Knecht** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

